



Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

#Start 2020

Ein bewegtes, spannendes, ereignisreiches und für die AfD sehr erfolgreiches Jahr 2019 liegt hinter uns. Der Beginn des neuen Jahres bietet die Möglichkeit, zurückzublicken, vor allem auf die schönen Momente, und nach vorn zu schauen, auf ein neues Jahr, voller neuer Herausforderungen. Besonders in Erinnerung bleiben mir die knapp 100 Veranstaltungen, bei denen ich mit Tausenden von Ihnen/ Euch in den direkten Kontakt trete und von meiner Arbeit im Bundestag berichten, aber auch Ihre/ Eure Ideen, Anregungen, Sorgen und Nöte mit nach Berlin nehmen konnte. Dieser direkte Kontakt ist sicher das Schönste an meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter: egal ob bei Wahlkampfveranstaltungen, bei Behörden, Ämtern und Vereinen oder Bürgerabenden. Deshalb plane ich für das neue Jahr zahlreiche Veranstaltungen zu denen ich Sie/Euch gerne einlade.

Auch die beliebten Berlinfahrten, bei denen Sie/ Ihr in drei Tagen nicht nur mit mir ins Gespräch kommen, sondern auch die Höhepunkte des politischen Berlins kennen lernen und eine Plenarsitzung im Bundestag besuchen können, finden wieder statt und ich freue mich darauf, viele Bürger in Berlin begrüßen zu dürfen. Die Termine sind auf der letzten Seite zu finden.

Nicht zu vergessen stehen uns auch im Jahr 2020 Wahlkämpfe bevor: in Hamburg wird ein neues Abgeordnetenhaus gewählt, in Bayern und Nordrhein-Westfalen finden die wichtigen Kommunalwahlen statt, die es der AfD auch in den größten Bundesländern ermöglichen werden,

politische Präsenz auf allen politischen Ebenen zu zeigen. Gerne werde ich die vielen ambitionierten Kreisverbände und Kandidaten im Wahlkampf unterstützen und freue mich auf die vielen Termine vor Ort und dann hervorragende Ergebnisse. Und wer weiß – vielleicht stehen uns auch Bundestagswahlen bevor, die dafür sorgen werden, dass die AfD noch stärker in den Bundestag einziehen wird. Mit meiner Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden kommen nun neue Aufgaben auf mich zu, die ich mit Freude erfüllen werde.

Zum Wohle unseres schönen Deutschlands setze ich mich dafür ein, dass dieses Land wieder eine liebenswerte Heimat wird, die nicht stündlich von Messerstechern und anderen Gewalttätern heimgesucht wird, in der jeder die Freiheit genießt, die ihm zusteht, und das Recht und unser demokratischer Rechtsstaat sich wieder entfalten. Und auch in diesem Jahr werde ich mir das Wort nicht verbieten lassen: Die Verteidigung der Meinungsfreiheit, so wie sie in unserem Grundgesetz festgeschrieben ist, wird auch 2020 ein wichtiges Anliegen von mir sein. Wir sind als Grundgesetzpartei dafür angetreten, die Werte unserer Verfassung zu verteidigen und werden deshalb dafür kämpfen, dass die Bürgerrechte nicht weiter mit Füßen getreten werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen / Euch und uns allen ein tolles Jahr 2020!

Stephan Brandner

KLARTEXT aus dem Bundestag

Stephan Brandner

INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

Bundesregierung will im Wahn „gegen Rechts“ perfekte Überwachung ermöglichen!
mehr auf Seite 2



„Nazisau“ und „Umweltsau“: Der WDR geht zu weit!
mehr auf Seite 6



Gastbeitrag Mariana Harder-Kühnel
mehr auf Seite 7



**NICHT INS ALTPAPIER!
NACH DEM LESEN WETTERGEBEN.**

Generalbundesanwalt hauptsächlich mit Islamismus beschäftigt – Richterbund verkennt Realität

Medienberichten zufolge fordert der Deutsche Richterbund, den Generalbundesanwalt im Kampf gegen Rechtsterrorismus personell zu verstärken und macht deutlich, dass dieser im Bereich Rechtsextremismus zu dünn besetzt sei. Die Fälle Lübcke und Halle hätten gezeigt, wie groß die Bedrohung durch Rechtsextremismus sei. Stephan Brandner macht deutlich, dass der Richterbund ganz offensichtlich die Realitäten

verkennt. Brandners Anfrage an die Bundesregierung hatte Mitte des Jahres ergeben, dass der Generalbundesanwalt bis zu diesem Zeitpunkt mit zehnmal mehr islamistischen Straftaten als rechts-extremen und linksextremen zusammen beschäftigt war. „Ohne Frage muss der Generalbundesanwalt auskömmlich ausgestattet sein. Hier jedoch Rechtsextremisten als Grund vorzuschieben, ist schäbig. Erst die Räumung des Weihnachts-

marktes am Breitscheidplatz in Berlin hat uns wieder daran erinnert, dass insbesondere die islamistischen Gefährder, die sich in Deutschland aufhalten, ein Pulverfass sind, auf dem wir sitzen, an dem die Lunte brennt und das jeder Zeit explodieren kann. Wir müssen jeglichen Extremismus ernst nehmen und bekämpfen. Was nicht geschehen darf, ist, einseitig populistisch ausgerichtet Stimmung zu machen.“

Bundesregierung will im Wahn „gegen Rechts“ perfekte Überwachung ermöglichen!

Im sogenannten „Kampf gegen Hasskriminalität und Rechtsextremismus“ will die Bundesregie-

rung die bisher auf Telekommunikationsdienst-Anbieter beschränkten Überwachungsbefug-

nisse pauschal auf Telemediendienst-Anbieter ausweiten. Sowohl für die Strafverfolgung als auch für die Gefahrenabwehr sollen Behörden demnach bei den Anbietern nun etwa auch persönliche Passwörter abfragen dürfen. Stephan Brandner, macht deutlich, dass es sich bei dem Vorhaben um einen weiteren tiefen Eingriff in Bürgerrechte handelt: „Die Bundesregierung befindet sich regelrecht in einem Wahn. Nichts ist ihr mehr heilig: Jetzt soll gnadenlos in die Rechte der Menschen eingegriffen werden, mit dem Ziel, einen gläsernen Bürger zu erschaffen, der es nicht mal wagen darf an konservative Ansichten zu denken, ohne im ‚Kampf gegen Rechts‘ geopfert zu werden! Diese Überlegung hätte ich vielleicht in China, Nordkorea oder Weißrussland für denkbar gehalten, nicht aber in unserem Land. Wir setzen uns mit aller Macht gegen einen Überwachungsstaat und für Meinungsfreiheit ein. Was die Bundesregierung plant, ist menschenverachtend und erbärmlich!“



122 IS-Rückkehrer nach Deutschland - ein Pulverfass für unser Land!

Nach Auskunft der Bundesregierung lagen dieser zum 12. November 2019 Erkenntnisse zu 122 sogenannten IS-Rückkehrern nach Deutschland vor. Diese sollen sich zumindest zeitweise dem islamischen Staat angeschlossen haben. Wann, wer wo eingereist war und was danach mit diesen Personen geschah, vermochte die Bundesregierung nicht mitzuteilen.

„Insbesondere halte ich es für mehr als gefährlich, dass die Bundesregierung keine Auskunft zur Einreise dieser Personen geben kann und klarstellt, dass auch Personen dabei sind, die laut Bundesregierung mehrfach ein- und ausgereist sind. Unsere Grenzen sind weiterhin offen wie Scheunentore und Terroristen können offenbar ungehindert und unkontrolliert ein- und ausreisen. Rechtliche

Konsequenzen hat dies offenbar nicht. Dass IS-Rückkehrer ihre brandgefährliche Ideologie in Deutschland verbreiten können, bedeutet nicht weniger, als dass wir auf einem Pulverfass sitzen, an dem bereits die Lunte brennt“, erklärt Stephan Brandner dazu.



#Brandnerunterwegs

1. Auf dem Erfurter Weihnachtsmarkt mit der JA Thüringen
2. Im Erfurter Rathaus bei der Stadtratsfraktion
3. In Paska zur Dankesfeier
4. Zur Feuerzangenbowle im Erfurter Braukeller
5. Beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
6. In Herten zum Bürgerdialog
7. Zum Bürgerdialog in Berlin-Pankow mit Birgit Malsack-Winkemann
8. Bei der Hessentour von Mariana Harder-Kühnel in Kassel
9. Am Geraer Hauptbahnhof zum Informationsgespräch
10. Beim Kreisparteitag Gera-Jena-SHK
11. Beim Bürgerdialog in Rotenburg/Wümme



Steuergelder für Geisterschloss Meseberg sind Verschwendung!

Am 17. und 18. November traf sich die Bundesregierung zu einem Digitalgipfel auf Schloss Meseberg. Dabei handelt es sich um einen der ganz wenigen Termine, die in dem Gästehaus der Bundesregierung stattfinden. Zuletzt wurde dies durch den Bund der Steuerzahler in ihrem „Schwarzbuch“ festgestellt, was der AfD-Bundes-

tagsabgeordnete Stephan Brandner zum Anlass für eine Anfrage an die Bundesregierung nahm.

Diese ergab, dass sich allein die Unterhaltskosten der Liegenschaft in Meseberg seit dem Jahr 2007 auf 51,73 Millionen Euro summieren. Genutzt wurde das Schloss jedoch kaum: so gab es im Jahr 2018 neun Veranstaltungen (darunter der jährlich

stattfindende Tag der offenen Tür und die Weihnachtsbaumübergabe), im Jahr zuvor sogar nur sechs Veranstaltungen und 2014 sowie 2015 nur vier. In diesem Jahr fanden neben dem Digitalgipfel nur Zukunftsgespräche der Bundeskanzlerin mit Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften und der Tag der offenen Tür in der Liegenschaft statt.

Stephan Brandner macht deutlich, dass die jährlichen Kosten die seit dem Jahr 2015 die Grenze von 5 Millionen Euro jährlich überschritten haben und sich zunächst 2007 auf 1,77 Millionen Euro beliefen, in keinem vernünftigen Verhältnis zu den dort durchgeführten Veranstaltungen stehen: „Offensichtlich hat die Bundesregierung keine Verwendung für das Schloss, die den Kosten der Unterhaltung gerecht wird. Abgesehen von dem jährlich stattfindenden Tag der offenen Tür und der Weihnachtsbaumübergabe, die auch an anderer Stelle stattfinden könnte, ist die Liegenschaft die meiste Zeit des Jahres ein Geisterschloss. Entweder die Bundesregierung führt dort regelmäßig Veranstaltungen durch, oder sie verzichtet darauf, sich Schlossherr nennen zu dürfen. Alles andere ist Verrat am Steuerzahler.“



FDP hat Überblick über eigene Medienbeteiligungen verloren – Transparenz tut Not!

Anlässlich der ersten Lesung des Gesetzentwurfes der AfD-Fraktion mit dem Titel „Gesetz zur Sicherstellung publizistischer Vielfalt und zur Herstellung von Transparenz bei Beteiligungen politischer Parteien an Medienunternehmen“ (Drs.19/15265) äußerte der FDP-Bundestagsabgeordnete Martens: „Wir sind am ‚Cicero‘ beteiligt, (...)“

Recherchen ergaben jedoch nun, dass weder der Ausarbeitung des Deutschen Bundestages zur ‚Beteiligung von Bundestagsparteien an Medienunternehmen‘ diese Tatsache zu entnehmen ist, noch sich im Rechenschaftsbericht der FDP Angaben dazu finden. Schließlich räumt nun auch der Cicero selbst mit dieser Falschbehauptung auf und macht deutlich: Eine Beteiligung der FDP besteht nicht – weder jetzt, noch in Zukunft.

Stephan Brandner, auf den sich Martens bei seiner Aussage bezog, macht deutlich, dass derartige Falschbehauptungen – noch dazu in einer öffentlichen Debatte des Bundestages – zu einer

weiteren Verwirrung der Bürger führen und umso deutlicher zeigen, dass die Forderung der AfD nach mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Beteiligungen politischer Parteien an Medienunternehmen mehr als berechtigt ist.

„Abgesehen davon, dass die FDP offenbar selbst keinen Überblick über ihre Beteiligungen hat, kann das von uns eingebrachte Gesetz auch dazu dienen, die Abgeordneten selbst besser zu informieren.

Nach diesen Verwirrungen sollten wir uns nun zumindest der Zustimmung der FDP-Fraktion zu unserem Gesetzentwurf sicher sein, die ganz offenbar den Überblick verloren hat oder schlicht mit der Redevorbereitung überfordert war. Das gilt vor allem für deren Redner Martens, der seinerseits die fehlende intellektuelle Durchdringung des behandelten Sachstoffs in peinlicher Weise offenbarte.“



Ländliche Räume stärken!

Mithilfe eines Plenarantrages will die Fraktion der AfD im Bundestag die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums stärken. Insbesondere regt die AfD die Gründung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe an, die sich der Stärkung der Finanzkraft der Länder widmet und das Subsidiaritätsprinzip wieder in den Vordergrund stellt.



Als Vorsitzender der Thüringer Landesgruppe macht Stephan Brandner deutlich, dass sein Heimatbundesland Thüringen leider ein lebendiges Beispiel dafür ist, wie sich das Abhängen ganzer Gebiete auf eine Region auswirkt. „Immer mehr ländliche Gebiete bluten aus: fehlende Busverbindungen, verlotterte Dorfkerne, geschlossene Gasthäuser und eine mangelhafte ärztliche Versorgung prägen große Gebiete Thüringens. Die Menschen auf dem Land fühlen sich von der Politik vergessen. Aber auch den kommunalen Politikern fehlt der Handlungsspielraum, um aktiv gegen diese Missstände vorzugehen. Wir wollen, dass ländliche Gebiete – und das betrifft in Thüringen 90% der Region – endlich in den Mittelpunkt der Politik rücken, finanziell vernünftig ausgestattet und nicht mit Worthülsen von Politikern abgepeist werden. Dafür setzen wir uns ein.“

20 Jahre Bundesarbeitsgericht in Erfurt – „Ein Schritt in die richtige Richtung“

Am 22. November 1999 nahm das Bundesarbeitsgericht in Erfurt seinen Dienst auf. Somit jährt sich das Bestehen nun zum 20. mal. Stephan Brandner, der seinen Wahlkreis in Erfurt hat, macht deutlich, dass die Bedeutung der

Schlagzeilen aus Thüringen

Ansiedlung eines Bundesgerichts für die Thüringer Landeshauptstadt sehr groß ist: „Erfurt kann so über die Landesgrenzen hinweg wirken, das wichtige Arbeitsrecht wird in der breiten Öffentlichkeit mit Erfurt verbunden und allen Besuchern des Bundesarbeitsgerichts kann Erfurt zeigen, wie lebens- und liebenswert diese Stadt ist. Nichtsdestotrotz muss die Ansiedlung von weiteren Bundesbehörden in den neuen Bundesländern vorangetrieben und so endlich ein Gleichgewicht zu den alten Bundesländern geschaffen werden!“



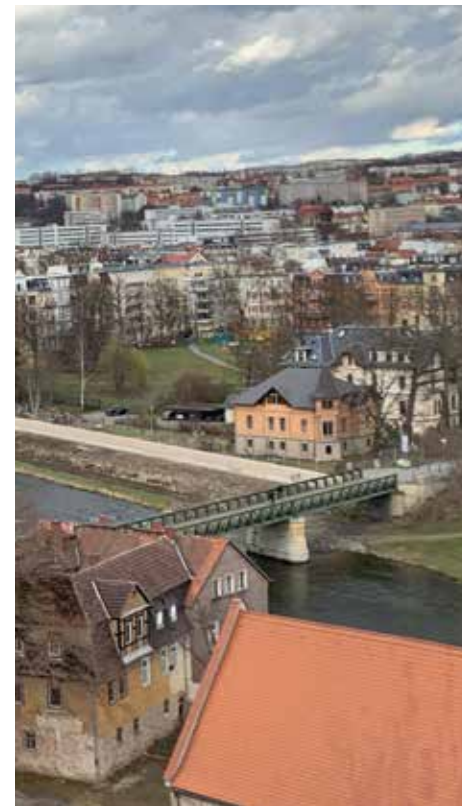
Thüringer Demokratiepreis für linksradikale „JG Stadtmitte“ ist ein Hohn

Die Junge Gemeinde Stadtmitte, ansässig in Jena, ist durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Thüringen mit einem „Demokratiepreis“ ausgezeichnet worden. Am Montag übergab der Minister der Linken, Helmut Holter, den mit 2.000 Euro Steuergeldern alimentierten Preis. Der Thüringer Demokratiepreis soll seit 2013 „das Engagement der Menschen, die sich vor Ort mit einem hohen persönlichen Einsatz für eine aufgeschlossene und vielfältige Gesellschaft stark machen“ würdigen. Brandner kritisiert die Vergabe des Preises an diese Gruppierung scharf: „Was genau der Beitrag der ‚Jungen Gemeinde Stadtmitte‘ für eine aufgeschlossene Gesellschaft sein soll, ist unergründlich. Diese linke Truppe ist eher für Ausgrenzung, Gewalt, Hass und die Verbreitung von Hetze bekannt, als für ihren Kampf für eine demokratische Gesellschaft, für die auch die Meinungsfreiheit elementar ist. Diese Preisvergabe ist ein weiterer Kniefall vor dem Linksextremismus in Thüringen.“

Geras kulturelle Schätze ans Tageslicht fördern!

Gera hat es bei der Bewerbung als „Europäische Kulturhauptstadt 2025“ nicht in die nächste Runde geschafft. Stephan Brandner sagt dazu:

„Schade, es wäre eine tolle Sache gewesen für unsere Stadt. Auch, wenn ich glaube, dass es unter einem Oberbürgermeister der AfD geklappt hätte, gibt es angesichts der großen Konkurrenz keinen Grund, sich deswegen allzu sehr zu grämen, zumal auch ein Kulturgigant wie Dresden aus dem Rennen ist. Wir werden jetzt weiter unseren Weg gehen, gemeinsam mit der gesamten Region. Was unsere Stadt für Potentiale hat, wurde ja im „Bauhausjahr 2019“ unter Beweis gestellt, und ich bin sicher, es gibt noch viel mehr Schätze dieser Art zu heben. Ostthüringen ist eine alte Kulturlandschaft ganz eigener Art und Gera ist deren Hauptstadt. Darauf sollten wir aufbauen, dafür die eigenen Kräfte und Ressourcen mobilisieren.“



Wenn wir uns auf unser eigenes Potential besinnen, statt, wie leider in der Vergangenheit zu oft geschehen, neidvoll auf andere zu blicken, kommt in ein paar Jahren keiner mehr so leicht an uns vorbei, da bin ich mir sicher. Beherzigen sollten die Verantwortlichen in Stadt und Land jedoch, dass halbherziges Handeln ganz selten zum Erfolg führt. Konkret meine ich, dass der Oberbürgermeister und die Landesregierung viel mehr hätten tun sollen, müssen und können!“

Zwischenrufe – Momente zum Schmunzeln im Bundestag

19.12.2019 Uli Grösch (SPD) zum Gesetz zur Änderung des Rechtsextremismus-Datenschutzgesetzes

Schade, dass es gegen Ihre ideologische Verblendung kein Medikament gibt. Vielleicht würden Ihnen ein paar Fakten helfen. Daran, diese vorzutragen, hindert mich aber das Ende meiner Redezeit.

(Stephan Brandner [AfD]: Daran hindert Sie Ihre Faktenarmut! Nennen Sie doch ein Faktum! Eins würde reichen! Nur eins!)

19.12.2019 Helge Lindh (FDP) zum Gesetz zur Änderung des Rechtsextremismus-Datenschutzgesetzes

(Beifall der Abg. Dagmar Ziegler [SPD] – Stephan Brandner [AfD]: So redet ein Sozialfaschist!)

Nur um das zu sagen: Herr Brandner hat gerade gesagt, ich sei ein Sozialfaschist.

(Beifall bei der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Nein, ich habe gesagt: „So redet ein Sozialfaschist!“)

Wenn Sie mich Sozialfaschist nennen, dann ist das das größte Lob, das möglich ist. Ich verbinde diese Formulierung von Ihnen, der Sie nicht nur für Ihr bräsiges Dazusitzen bekannt sind, sondern auch für Ihre frauenfeindlichen Bemerkungen und alles andere, mit der Forderung an alle Mitglieder, vor allem weibliche Mitglieder, dieses Parlamentes, dass wir gemeinsam eine Initiative gründen zur Entbrandnerisierung des politischen Diskurses.

12.12.2019 Margit Stumpp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetz zur Sicherstellung publizistischer Vielfalt und zur Herstellung von Transparenz bei Beteiligungen politischer Parteien an Medienunternehmen

Wie sehr den Rechten eine freie Presse und der Schutz von Medienschaffenden am Herzen liegen, demonstrieren sie auch mit ihrem Meldeportal gegen Journalistinnen und Journalisten. Freiheit braucht keinen Druck und keine Denunzianten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Und keine Grünen!)

Tarnen und Täuschen – mit diesem Gesetzentwurf präsentiert uns die AfD zur Weihnachtszeit

(Stephan Brandner [AfD]: Eine richtig ökozölogische Hetzrede, die Sie halten!)

27.11.2019 Svenja Stadler (SPD) während der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

– Ich bin tatsächlich auf dem rechten Ohr total blind.

(Lachen bei der AfD)

Ich meine, taub.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Also, ich bin auf dem rechten Ohr taub, aber nicht auf dem rechten Auge blind.

(Beifall bei der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Mit dem linken Ohr sehe ich besser!)

25.10. 2019 Johann Saathoff (SPD) zum Antrag Stärkung ländlicher Räume – Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Die Ostfriesen haben früh erkannt, dass ein relativ junger Wirtschaftsfaktor für sie eine Perspektive ist und überall im ländlichen Raum eine Perspektive sein könnte. Welcher Wirtschaftsfaktor ist das?

(Stephan Brandner [AfD]: Krabbenpulver!)

Das sind die erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Ich dachte, Krabbenpulver!)

26.09.2019 Simone Barrientos Bürgernähe und Transparenz erhalten, Stasiunterlagenbehörde nicht abwickeln – Kein Einstieg in den Ausstieg

Was wir wollen, ist eine – böses Wort – Normalisierung im Umgang mit der DDR-Geschichte, eine Versächtigung auch. Die DDR war sehr viel mehr als Stasi; das habe ich vorhin schon gesagt.

(Stephan Brandner [AfD]: SED und Linke zum Beispiel auch noch!)

„Nazisau“ und „Umweltsau“: Der WDR geht zu weit!

Während der Weihnachtsfeiertage sorgte der WDR mit einem Eklat für Schlagzeilen: der Kinderchor des Senders sang auf die Melodie von „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“, den umgedichteten Text „Oma ist 'ne alte Umweltsau“. Der WDR-Mitarbeiter Danny Hollek verschärfte den Konflikt, indem er twitterte, die Großmütter all jener, die sich jetzt aufregten, seien keine „Umweltsäue“ – sondern eine „Nazisau“.

„Die Instrumentalisierung eines Kinderchors, um einen vermeintlichen Generationenkonflikt zum

Thema zu machen, ist schäbig“, kommentiert Stephan Brandner das Geschehen. „Der WDR wendet sich mit dieser Aktion nicht zuletzt auch gegen seine eigenen Grundsätze, die auch von der Achtung der Menschenwürde sprechen, die ich nicht mehr gewährleistet sehe, wenn man die alte Generation, die so viel für uns getan hat als ‚Säue‘ bezeichnet. Der öffentliche Rundfunk hat ein Mal mehr bewiesen, dass er keine Daseinsberechtigung mehr hat. Der aktuelle Skandal ist nur ein weiterer Tropfen auf den heißen Stein!“



Linksextreme Gewalt eskaliert – Extremisten mit der Härte des Rechtsstaates begegnen!

Während der Silvesterfeierlichkeiten eskalierte die linksextreme Gewalt, insbesondere in Leipzig, Polizeiberichten zufolge gab es gezielte Angriffe auf Beamte: Sie seien massiv mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern beschossen worden. Eine "Gruppe von Gewalttätern" habe außerdem versucht, einen brennenden Einkaufswagen mitten in eine Einheit von Bereitschaftspolizisten zu schieben. Ein Polizeibeamter wurde so

schwer verletzt, dass er noch in der Nacht einer Notoperation unterzogen werden musste. Schon vor der Silvesternacht kursierten Aufrufe zur Bewaffnung durch die linksextreme Szene. Stephan Brandner macht deutlich, dass es ein „Weiterso“ der Politik nicht mehr geben dürfe: „Während die Bundesregierung sich einzig und allein, durchschaubar und populistisch auf den sogenannten „Kampf gegen Rechts“ stürzt und

geradezu verbissen teils schnürt, tobt in Leipzig der linke Mob. Bürgerkriegsähnliche Zustände versetzen die Stadt in Angst und Schrecken und die Altparteien schauen weg: damit muss endlich Schluss sein. Linksextremismus muss, wie jede Form des Extremismus, entschieden bekämpft werden und Gewalttäter müssen die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.“

Gastbeitrag Mariana Harder-Kühnel, MdB: Kinderrechte ins Grundgesetz?

2019 bot eine Fülle von familienpolitisch relevanten Themen beispielsweise die Änderung des § 219 a StGB (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche), das „Gute-Kita-Gesetz“, das Thema Gewalt gegen Frauen, „Equal Pay“, das „Starke-Familien-Gesetz“ etc. Und auch das im Bereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelte Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat immer wieder Angriffsfläche für lebhaft Debatten im Bundestag geboten.

Ein wichtiges Thema, das uns auch im kommenden Jahr beschäftigen wird und auf das ich deshalb näher eingehen möchte, ist die drohende Einführung der Kinderrechte in das Grundgesetz. Die AfD lehnt die Einführung von Kinderrechten in das Grundgesetz ab. Wir sehen darin einen Angriff auf das Erziehungsrecht der Eltern. Vielleicht hat der ein oder andere von Ihnen meine Rede dazu im Bundestag gehört. Den Link dazu finden Sie hier: <https://youtu.be/lshhJARzlpk>

Die Forderung „Kinderrechte ins Grundgesetz“ klingt zunächst positiv und viele Bürger reagieren reflexartig mit Zustimmung. Aber zu bedenken ist, dass Kinder bereits vollumfänglich Träger von Grundrechten sind. Das Grundgesetz kennt keine Altersbeschränkung. Kinder sind – wie Erwachsene – Grundrechtsträger und genießen die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Meinungs-, Religionsfreiheit etc. Dies ist auch die Meinung des Bundesverfassungsgerichts.

Man muss sich also fragen, was der wahre Hintergrund für die populistische Forderung nach Kinderrechten im Grundgesetz ist? Was sich eigentlich dahinter verbirgt, ist ein Angriff auf das Erziehungsrecht der Eltern. Der Ausdruck des linken Traums von der staatlichen „Lufthoheit über den Kinderbetten“. Nach Art. 6 Absatz 2 Grundgesetz sind „Pflege und Erziehung der Kinder das

natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Der Staat hat also eine reine Wächterfunktion. Er muss eingreifen, wenn Eltern versagen. Aber er darf das Primat der elterlichen Fürsorge nicht an sich ziehen. Kinder haben das Recht auf Erziehung durch ihre Eltern und es gibt niemanden, der das besser kann als sie. Kein Staat und keine Kita. Die Eltern - nicht der Staat - sollen entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen und welche Werte sie ihnen mitgeben. Führt man nun die Kinderrechte ein, wäre es damit an vielen Stellen vorbei, denn dann werden Kinderrechte künftig so definiert, wie der Staat es will. Er kann diese Rechte dann als „Anwalt der Kinder“ gegebenenfalls auch gegen die eigenen Eltern durchsetzen.

Übrigens hat auch die CDU/CSU bis vor kurzem so gedacht. Noch 2017 erklärte deren Familienpolitischer Sprecher Marcus Weinberg: „Ich habe die Sorge, dass die explizite Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz die Kinder in eine rechtliche Distanz zu den Eltern bringt“. „Letztlich

betätigt sich der Staat dann als Anwalt des Kindes gegen seine Eltern...“ Aber auch hier hat die CDU/CSU nur wenig später eine Kehrtwende in Richtung linker Ideologie vollzogen und diese Bedenken im Koalitionsvertrag über Bord geworfen.

Meine Damen und Herren, was wir alle wollen, ist Liebe, Schutz und Fürsorge für Kinder. Genau aus diesem Grund fordert die AfD auch, eine „kinderfreundliche Gesellschaft“ als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Was aber mit der Einführung von Kinderrechten bezweckt wird, ist kein Mehr an Rechten für, sondern der staatliche Zugriff auf Kinder. Dem Staat wird die Möglichkeit eröffnet, weiträumig in das Erziehungsrecht der Eltern einzugreifen.

Wir werden uns als AfD dieser Forderung auch weiterhin entschieden entgegenstellen, gerade um Familien zu stärken. Denn die Lufthoheit über den Kinderbetten gehört nach unserer Auffassung nicht dem Staat, die Lufthoheit über den Kinderbetten gehört den Eltern.



Berlin ist Europas Mordhauptstadt

Wie eine aktuelle Studie des Deutschen Wirtschaftsinstituts (DIW) darlegt, ist Berlin die Mordhauptstadt Europas. Die Ausarbeitung zeigt, dass die Anzahl der Morde in Berlin gerechnet auf 100.000 Einwohner bei 4,4 Fällen und damit mit weitem Abstand am höchsten unter den 16 europäischen Hauptstädten im Jahr 2016 lag. Auf

Platz zwei ist Paris mit 2,4 Morden und auf Platz drei Brüssel mit 2,2 Morden, also halb so vielen wie in Berlin, zu finden. Stephan Brandner ist erschüttert über die Ergebnisse. „Kriminelle Clans und Banden haben sich Berlin zu eigen gemacht. Sie sind es, denen Berlin diesen schrecklichen Titel zu verdanken hat. Dass mehr als die Hälfte der

Tatverdächtigen keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, zeigt einmal mehr, wohin eine unkontrollierte Masseneinwanderung führt. Das ist nicht das Deutschland, das wir wollen. Berlin ist eine unwürdige Hauptstadt und ein Paradebeispiel dafür geworden, was jahrzehntelange bunte Altparteiherrschaft für schlimme Folgen hat.“



#BRANDNERUNTERWEGS

Freitag, 17. Januar 2020	Hannover
Samstag, 18. Januar 2020	Regensburg
Montag, 20. Januar 2010	Leipzig
Freitag, 24. Januar 2020	Erfurt
Samstag, 25. Januar 2020	Mainz
Sonntag, 26. Januar 2020	Hintertiefenbach und Schriesheim
Dienstag, 4. Februar 2020	Altenburg
Freitag, 7. Februar 2020	Schmalkalden
Samstag, 8. Februar 2020	Schmalkalden und Erfurt
Dienstag, 18. Februar 2020	Traunstein
Mittwoch, 19. Februar 2020	Augsburg
Dienstag, 25. Februar 2020	Freyung/Grafenau
Mittwoch, 26. Februar 2020	Politischer Aschermittwoch LV Bayern (Osterhofen) und Karlsruhe
Donnerstag, 27. Februar 2020	Köln
Freitag, 28. Februar 2020	Bergisch-Gladbach
Samstag, 29. Februar 2020	Wesel
Montag, 2. bis 4. März 2020	Berlinfahrt
Freitag, 27. März 2020	Schönefeld
Dienstag, 31. März 2020	Erfurt

Vorläufige Terminplanung (Stand 16.01.2020) – Änderungen möglich

Die rechte Ecke

Erinnern Sie sich noch an Anetta Kahane? Die Dame mit der roten Lockenfrisur ist vielen bekannt als IM Victoria. Ihre Taten als Stasimitarbeiterin wurden als „mittelschwer“ eingestuft. Aber viel schlimmer als ihre Vergangenheit ist ihre Gegenwart: als hauptamtliche Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung maßt sie sich an, die Moralkeule zu schwingen. Ihren aktuellen „Newsletter“ nutzt Kahane, um nicht etwa für die vielen Steuergelder zu danken, die Sie bekommt, um den „Kampf gegen Rechts“ zu organisieren, nein, sie beklagt sich über Rechtspopulisten, sich in Entscheidungspositionen ‚drängen‘ und nun Artikel 3 Grundgesetz abschaffen wollen:

„Besonders auf der kommunalen Ebene wird es kompliziert. Rechtspopulisten drängen sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Entscheidungspositionen. Das wird die Arbeit für Grund- und Menschenrechte nicht leichter machen. Wenn es um Kultur geht oder Minderheitenrechte, wenn es um Gleichstellungsfragen geht oder um die Verfolgung von Hasskriminalität, es wird bestimmt nicht leichter mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen in den Gremien - würden sie doch Artikel 3 des Grundgesetzes, der die Gleichstellung und das Diskriminierungsverbot betrifft, am liebsten streichen. Um das zu wissen, braucht es weder Bleigießen noch einen guten Schluck Kaffeesatz.“

Liebe IM Victoria: Wir gehen davon aus, dass sie die Mitglieder, Freunde und Förderer der AfD als Rechtspopulisten bezeichnen. Was Sie ‚drängen‘ nennen, ist schlicht eine Wahl, die dazu geführt hat, dass die AfD auch auf kommunaler Ebene endlich eine Verankerung gefunden hat. Wie keine andere Partei steht die AfD hinter der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und will sie – oder Teile von ihr – keines falls abschaffen. Im Gegenteil: wir wollen, dass das Grundgesetz geachtet und vor allem beachtet wird und nicht weiter wie ein wertloser Lappen mit Füßen getreten wird. Aber was wir auf kommunaler-, auf Landes- und auf Bundesebene nicht wollen, das ist die massenhafte Finanzierung von Spitzel- und Überwachungsorganisationen, wie Sie eine leiten. Wir wollen nicht, dass Geld in Stuhlkreise investiert wird, die sich nicht der Bekämpfung des Extremismus, sondern der Sicherung der politischen Macht verschrieben haben. Dass Ihnen das nicht gefällt, wundert uns wenig, leben Sie doch von diesen Geldern.



Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

Wahlkreisbüro Erfurt

Iderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt
Tel.: 0361 - 60 27 96 30 Fax: 0361 - 60 27 96 31
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 - 99610 Sömmerda
Tel.: 03634 - 69 22 888 Fax: 03634 - 69 22 889
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Donnerstag
von 10 bis 17 Uhr und nach Vereinbarung

Impressum:

Herausgeber:
Stephan Brandner
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
www.brandner-im-bundestag.de

V.i.S.d.P. Stephan Brandner
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß
Satz & Druck: Philipp Schmidt
Bildnachweis: pixabay

Brandner im Netz:

www.facebook.com/stBrandner
www.twitter.com/stbrandner
www.instagram.com/stephanbrandner
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb